

Handreichung zur Wahlbeobachtung bei der Bundestagswahl 2025

Die Öffentlichkeit der Wahl ist ein wichtiges Wahlrechtsprinzip. Deshalb sehen die Regelungen im Bundeswahlrecht vor, dass die Wahlhandlung und die Auszählung der Wahl so transparent wie möglich ablaufen müssen (§ 31 BWG i. V. m § 54 BWO). Es besteht für jedermann die Möglichkeit, sich von der ordnungsgemäßen Abwicklung der Wahl vor Ort ein Bild zu machen. Diese Möglichkeit ist auf die Beobachtung beschränkt.

Grundsätzlich gilt: Die Mitglieder des Wahlvorstandes sind nicht verpflichtet, mit beobachtenden Dritten in Kontakt oder Diskussion zu treten. Soweit möglich, sollten sie sich aber für Fragen offen zeigen. Ggf. können Missverständnisse im – kurzen – Gespräch leicht aufgeklärt werden. Das Verhalten beobachtender Dritter unterliegt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

Was ist zulässig	Was ist nicht zulässig
<ul style="list-style-type: none"> • Aufenthalt auch nicht wahlberechtigter Personen im Wahllokal (Öffentlichkeit) während der gesamten Zeit von 8 Uhr bis zur mündlichen Ergebnisverkündung (§ 31 BWG i. V. m. §§ 54, 55 und 70 BWO) • Das allgemeine Zutrittsrecht ist durch die räumlichen Verhältnisse beschränkt. Bei Überfüllung kann die Anzahl anwesender Personen durch den Wahlvorstand beschränkt werden. Eine Wahlbeobachtung muss aber möglich bleiben. • Das Tragen medizinischer Masken ist zulässig. 	<ul style="list-style-type: none"> • Störungen der Ruhe und Ordnung oder Verzögerungen der Wahlhandlung oder der Auszählung (§ 31 Satz 2 BWG) • Wähler dürfen weder angesprochen noch beeinflusst werden (§ 32 Abs. 1 BWG) • Tragen von parteipolitischen Symbolen während der Wahlzeit von Personen, die sich länger im Wahlraum aufhalten (§ 32 Abs. 1 BWG) • Wahlpropaganda • Politische Diskussionen von Wahlbeobachtenden
<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidungen des Wahlvorstandes verfolgen (§ 10 Abs. 1 BWG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Eingreifen in die Entscheidungen des Wahlvorstandes • Hinterfragen von Entscheidungen inklusive des Einforderns von Erläuterungen. Sachlich vorgebrachte Hinweise sind ggf. zur Kenntnis zu nehmen und vom Wahlvorstand/von der Gemeinde zu prüfen.
<ul style="list-style-type: none"> • Ggf. generelle Fragen an den Wahlvorstand • Nachfragen, wenn eine öffentliche Bekanntgabe akustisch nicht verstanden wurde (z.B. Ergebnisverkündung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Einsicht in das Wählerverzeichnis (§ 89 Abs. 2 BWO, Datenschutz) • Abfrage von personenbezogenen Daten oder Auskünfte, wer bisher gewählt/ nicht gewählt hat (§ 56 Abs. 4 Satz 4 BWO) • Forderung einer Nachzählung (§ 40 BWG) • Störung der Mitglieder des Wahlvorstandes durch übermäßige Kommentierungen, Fragen usw.
<ul style="list-style-type: none"> • Beobachtung im Wahlraum, auch mit Blick auf den Auszählungstisch • Fühlen sich die Mitglieder des Wahlvorstandes durch eine zu starke Annäherung der Wahlbeobachtenden behindert oder gestört, dürfen sie einen Abstand von 1 bis 2 Metern anordnen. Der Auszählungsvorgang muss aber weiter beobachtet werden können. • Führen von Strichlisten während der Auszählung • Notizen über mögliche Unregelmäßigkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Gefährdung des Wahlgeheimnisses • Anfassen, Fotografieren, Filmen von Wahlunterlagen oder Stimmzetteln • Beobachtung/Teilnahme an der Übermittlung der Schnellmeldung • Mitglieder des Wahlvorstandes dürfen bei der Anfertigung von Notizen durch Wahlbeobachter nicht aktiv mitwirken.
<ul style="list-style-type: none"> • Medienberichterstattung während der Wahlhandlung mit Zustimmung des Wahlvorstandes • Medienberichterstattung während der Auszählung in Abstimmung mit dem Wahlvorstand 	<ul style="list-style-type: none"> • Foto- oder Videoaufnahmen durch beobachtende Dritte ohne Zustimmung der abgebildeten Personen (Recht am eigenen Bild), auch nicht von vermuteten Unregelmäßigkeiten
<ul style="list-style-type: none"> • Schriftlicher Wahleinspruch beim Bundestag innerhalb von 2 Monaten nach dem Wahltag (§ 2 Abs. 4 WahlPrG) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahleinspruch beim Wahlvorstand

Bei Verstößen gegen die Regeln sollen beobachtende Dritte vom Wahlvorstand zunächst ermahnt werden. Bei einem wiederholten Verstoß oder bei einer gravierenden Störung der Wahlhandlung oder der Auszählung können sie des Wahllokals verwiesen werden (Ausübung des Hausrechts, § 31 Satz 2 BWG, § 5 Abs. 6 BWO). Ist wegen Störungen eine ordnungsgemäße Ergebnisfeststellung nicht möglich, ist ggf. die Auszählung bis zur Wiederherstellung der Ordnung zu unterbrechen (§ 40 Satz 1 BWG, Anlage 29 BWO). Bei erzwungener oder anderweitig unabweisbarer Unterbrechung sind alle Unterlagen einschließlich der Stimmzettel vom Wahlvorstand zu verpacken, zu versiegeln und unter Verschluss zu halten, bis die öffentliche Stimmenauszählung fortgeführt werden kann. Bei nicht abstellbaren Störungen ist zu verständigen (Name der zuständigen Stelle bei der Gemeinde). Können ordnungsgemäße Zustände auch dann nicht hergestellt werden, ist die Polizei hinzuzuziehen. In der Niederschrift ist festzuhalten, ob und ggf. zu welchen besonderen Vorkommnissen es durch die Beobachtung Dritter gekommen ist (ggf. auf einem separaten Anlageblatt).